

Rat, 14. Juli 2011

Einbringung der Resolution gegen Steuersenkungen.

Anrede

Im Jahre 1998 war die Summe aller Schulden unserer Republik bei einem Stand von:
Einer Billion 153 Milliarden 271 Millionen 504 tausend 306 Euro.
d.h. Die Prokopfverschuldung incl. jedes Säuglings, betrug 14.064 Euro

Bis 2009 stieg die Verschuldung auf:
Eine Billion
692 Milliarden und 200 Millionen Euro.
Also eine Verschuldung von 20.673 Euro pro Kopf.

Das Geldvermögen veränderte sich im gleichen Zeitraum wie folgt:
1998 betrug das Geldvermögen
3Billionen, 307 Milliarden, 373 Millionen, 437 500 Euro.
Jeder Bundesbürger, auch hier incl. aller Säuglinge, besaß also ein Geldvermögen von
40.334 Euro.

Bis zum Jahre 2009 stieg das Geldvermögen auf 4 Billionen, 700 Milliarden Euro, d.h. jeder Bürger hat
theoretisch ein Vermögen von 57.318 Euro.

Einer der wesentlichen Faktoren für diese Entwicklung liegt in der Entwicklung unserer Steuern.

Seit dem Amtsantritt der Regierung Schröder muß unsere Republik steuerreformbedingte Einnahmeausfälle
von durchschnittlich 50 Milliarden Euro jährlich hinnehmen.
Besonders reiche Haushalte haben durch die Senkung des Einkommenssteuerspitzensatzes von 53 auf 42
Prozent von dieser Politik profitiert.
Die sogenannte Reform der Körperschaftssteuer führte zu Einnahmeausfällen von 11 Milliarden
Euro. 2007 hat die Unternehmenssteuerreform der großen Koalition ein minus von 5 Milliarden Euro
generiert. Schwarz Gelb machte weiter und bescherte unserem Land ein Wirtschaftsbeschleunigungsgesetz
mit Mindereinnahmen für den Staatshaushalt von rund 6,1 Milliarden Euro alleine im Jahr 2010.

Unser Staat ist also durch seine Steuerpolitik um Milliardenbeträge ärmer, schwächer geworden.

Einen schwachen Staat können wir uns nicht wünschen. Ein schwacher Staat wird immer das tun, was wir in
unserer Resolution zum Konnexitätsprinzip zu Recht kritisiert haben:
Immer mehr Aufgaben auf die Kommunen abwälzen ohne sie ausreichend zu finanzieren.

Ein profundes Beispiel dafür finden wir in den Beschlüssen die heute zum Kinderbildungsgesetz hier
vorliegen.

Die Steuersenkungspläne der Bundesregierung stoßen auf Kritik und Gegenwehr aus verschiedenen
Parteien, aus den Ländern und sogar aus der Regierung selbst. Sogar der Finanzminister Schäuble sieht das
kritisch.

Meine Damen und Herren,
Machen wir der Bundesregierung auch aus unserer Stadt klar, dass mit diesen Plänen weitere
Mindereinnahmen programmiert sind, die wir uns im Interesse der Kommunalfinanzen nicht erlauben
können.

Bitte stimmen Sie für unsere Resolution. Danke